Frauen stimmen grüner, sozialer, armeekritischer

Autor(en): **sw**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **22 (1996)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-361919

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

gen für Frauen in Parlament, Regierung und Bundesbehörden – damit es nicht bei einer rein formalen Gleichbehandlung der Geschlechter und damit bei einer faktischen Benachteiligung der Frauen bleibe. Die Kommission setzt sich zudem für soziale Grundrechte ein. Nach Ansicht der Frauenkommission sollen alle Personen im erwerbsfähigen Alter ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können. Die gesellschaftlich notwendige Nichterwerbsarbeit müsse von beiden Geschlechtern geleistet werden. Weiter fordert die Kommission, Lebensgemeinschaften, die auf Dauer angelegt seien, gleich zu behandeln wie die Ehe. Und da die Menschenrechte für Männer und Frauen gälten, hätten die wegen ihres Geschlechts verfolgten Frauen Recht auf Schutz und Asyl.

Berner SVP-Frauen powern

sw. Dass die Schweizerische Volkspartei SVP nicht gerade durch Frauenfreundlichkeit glänzt, ist sattsam bekannt. Rund zwanzig SVP-Frauen im Amt Bern haben davon nun genug: Sie gründeten eine eigene Sektion. Zweck der Sektion «SVP Frauen Amt Bern» ist es laut Statuten, die Frauenförderung selber an die Hand zu nehmen. Die Miteinander-Politik sei gescheitert, der gemeinsame Weg mit den Männern habe die Frauen nicht weitergebracht – so lautet die Analyse. Mit verschiedenen Aktionen (Aufbau eines Netzwerkes, konkrete Frauenförderungsmassnahmen bei lokalen Wahlen, Kandidatinnenschulung, Frauenpodien) sollen nun die SVP-Frauen an der Basis wachgerüttelt werden. Inhaltlich konzentrieren sich die (zumindest halbwegs) dissidenten SVP-Frauen auf die Bereiche Mutterschaftsversicherung, Blockzeiten an Schulen, neue Familienmodelle und Schaffung von Teilzeitstellen. «Wir müssen erreichen, dass die SVP-Frauen endlich Frauen wählen und sich zutrauen, selber in die Politik einzusteigen», ist Elisabeth Wieland, Präsidentin der neuen Sektion, überzeugt.

Quelle: Der Bund, 22.2.96

Stadt Bern: Familienarbeit macht sich bezahlt

cb. Wenn Frauen wieder in die Erwerbsarbeit einsteigen, dann soll jahrelange Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit nicht länger als Leerstelle in der Biografie abqualifiziert, sondern vielmehr aufgewertet werden. Diese alte Forderung setzt die Berner Schuldirektorin Joy Matter jetzt in die Tat um. Bei der Neubesetzung von Verwaltungsstellen in ihrer Direktion entscheiden präzise Kriterien über die Höhe des Anfangslohns. Hat eine Person Kindererziehung, Betreuungs- und Hausarbeit während maximal zehn Jahre geleistet, wird ein volles «Erfahrungsjahr» einem vollen Dienstjahr gleichgesetzt und angerechnet. Neben der Arbeit im Familienbereich können auch Aktivitäten im Sozialbereich, in Vereinen, Verbänden, Parteien, im Ökobereich oder als Tagesmutter, Aufgabenhilfe usw. berücksichtigt werden. Für die Anrechnung solcher Tätigkeiten müssen die BewerberInnen sogenannte Schlüsselqualifikationen erfüllen. Diese sind in vier Bereiche unterteilt: Soziale Kompetenz (Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein), leistungsrelevante Kompetenz (Belastbarkeit, Lernfähigkeit, Organisationstalent), kreative Kompetenz (Initiative, Flexibilität) und Kompetenz zur Krisenbewältigung (Verhandlungsfähigkeit, Problem- und Stressbewältigung). In einem Gespräch wird ermittelt, ob die/der BewerberIn aus diesen vier Bereichen mindestens sechs Eigenschaften vorweisen kann.

Die Richtlinien sind seit dem 1. Februar in Kraft. Nach einer zwölf- bis achzehnmonatigen Versuchszeit werden die Ergebnisse vom Personalamt ausgewertet. Dann wird die Regelung allenfalls auch in anderen städtischen Verwaltungen zur Anwendung gelangen. Dank diesem Novum erhalten Wiedereinsteigerinnen künftig mehr Lohn. Ihre Chancen aber, überhaupt eingestellt zu werden, bleiben dieselben. Es sei denn, die Befürchtung bewahrheite sich, die der Leiter des städtischen Personalamtes anlässlich der Pressekonferenz äusserte: Dass nämlich Wiedereinsteigerinnen plötzlich aus Kostengründen nicht angestellt würden – weil sie in eine zu hohe Lohnklassen kämen.

Frauen stimmen grüner, sozialer, armeekritischer

sw. Bei den meisten Volksabstimmungen auf nationaler Ebene sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern gering. Eine Auswertung des GfS-Forschungsinstitus listet jedoch 14 Abstimmungen auf, bei denen das Geschlecht den Ausschlag für ein Ja oder ein Nein gab. Viermal erkämpften die Frauen ein Ja: beim neuen Eherecht, beim Kernkraftmoratorium, bei der Alpeninitiative und beim Antirassismusgesetz. Dreimal gaben Frauenmehrheiten den Ausschlag zum Nein: bei der Fristenlösung (!), der Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre und bei der Lockerung der Lex Friedrich (aber weniger aus fremdenfeindlichen Gründen denn aus ökologischen Überlegungen, so das GfS-Institut laut «Tages-Anzeiger»). Umgekehrt vermasselten die neinsagenden Männer den mehrheitlich jasagenden Frauen – unter anderem – den Ausstieg aus der Atomenergie (1990), die Waffenplatz- und die Kleinbauerninitiative sowie die Initiative «Weg vom Tierversuch». Einen Trend hin zu eigenständigerem Stimmverhalten der Frauen sieht das GfS-Institut seit Mitte der achtziger Jahre. Die Frauen hätten den Wertewandel – hin zu vermehrter Ökologie und zum Schutz des Menschen – schneller und stärker vollzogen als die Männer.

Quelle: Tages-Anzeiger, 7.2.96